

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 22

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1598  
Grosche Riesa Nr. 22

Nr. 214.

Mittwoch, 13. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 3.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 2.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Festtarife. Gemäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vortägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Leseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wegen Reinigung bleiben am

Montag, den 18. September  
die im Erdgeschoss gelegenen Geschäftsräume des Gemeindeamtes Gröba (Spar- und Girokasse, Gemeindefasse, Steuerkasse und Einwohnereinsammler) und am  
Dienstag, den 19. September

die im Obergeschoss befindlichen Geschäftsräume (Registrierung, Standesamt, Wohnungsamt, Wohlfahrts- und Fürsorgeamt) geschlossen.

Die Anzeigen von Sterbefällen und Totgebürten haben am Dienstag, den 19. September 1922, vormittags von 8—9 Uhr im Zimmer 4 zu erfolgen.  
Gröba (Elbe), am 12. September 1922.  
Der Gemeindevorstand.

## Die belgische Forderung.

Aus Brüssel wird gemeldet: Wie die Agence Reuilly, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem Laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Verzinsung der am 15. August und am 15. September fälligen Zahlungen mit Schaßscheinen zu verlangen, die durch ein Golddebet sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmigten Bank hinterlegt werden soll. Dienstag vormittags notifizierte der Minister des Äußeren Jarbar dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Die belgische Forderung, die deutschen Zahlungen mit Schaßscheinen durch die Deposition von Gold im Ausland zu sichern, findet bei den Berliner Blättern allgemeine Ablehnung. Nach Ansicht des „Tageblattes“ sei die Reichsregierung schon deshalb nicht in der Lage, das gewünschte Golddebet zu hinterlegen, weil die Reichsbank vor kurzem auf Wunsch der Entente in ein autonomes Unternehmen umgewandelt wurde, was zur Folge hätte, daß der Reichsregierung kein Eingriffsrecht in ihren Betrieb mehr zustehe. — Für die „Vossische Zeitung“ ist die belgische Forderung unannehmbar und undiskutabel. — Der „Vorwärts“ betont, daß der Weg, auf den sich die belgische Regierung begeben habe, nicht ohne schwere Bedenken ist. — Die „Germania“ stellt fest, daß nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von einflussreichen maßgebenden Persönlichkeiten des Auslandes anerkannt worden sei, daß eine solche Lösung nicht in Frage kommen kann.

## Lloyd Georges Reise nach Genf.

Der Londoner Berichterstatter des WPA, erklärt, daß Lloyd George entgegen den in der gestrigen Morgen- und Abendpresse verbreiteten Meinungen sich noch nicht endgültig entschlossen habe, ob er sich zur Völkerverversammlung nach Genf begeben werde. Falls er sich hierzu entschließen würde, würde die Abreise wahrscheinlich Ende nächster Woche erfolgen. Lloyd George hat sich noch nicht entschieden, welche Fragen er in seiner Rede vor dem Völkerverband behandeln wird. Es steht außer Zweifel, daß eine Reise Lloyd Georges nach Genf der Erörterung nur einer ganz wichtigen Angelegenheit gelten würde.

Neuer meldet aus Washington, auf dem amerikanischen Schachman sei mitgeteilt worden, daß Großbritannien mit der Beibehaltung der Fines seiner Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten nicht beginnen werde, bevor Vorkehrungen getroffen werden für eine Fundierung der englischen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten in Höhe von 12 Milliarden Dollars.

## Der Reichskanzler über die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte am Montag mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er folgenden bemerkte:

Die Deutsche Regierung hat ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Verzinsungen dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Sie ist sofort mit den Vertretern der belgischen Regierung in Verhandlungen eingetreten und hat Vorschläge gemacht, um die für Belgien ausstehenden Schaßwechsel zu garantieren. Dies war nicht leicht, da die Regierung als solche über besondere Sicherheiten nicht verfügt. Aber die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Schaßwechsel zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stellt allerdings die Bedingung, daß die Laufzeit über 6 Monate hinaus verlängert werden müßte. Dies war notwendig für ein nach kaufmännischen Gesetzen und nach kaufmännischer Ehre handelndes Bankinstitut, weil die Reichsbank die Summe von 280 Millionen Goldmark nicht innerhalb 6 Monaten einlösen könnte. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile hierüber sind den belgischen Vertretern mitgeteilt worden und auch den verbündeten Regierungen bekannt. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine subsidiäre Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Fälligkeit mit dem Ausland, besonders mit England, wegen Übernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die kaufmännische Grundlage für ein Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission war also gegeben, und wenn es nur nach kaufmännischen Grundregeln gegangen wäre, so wäre am letzten Sonnabend ein Abschluß erzielt worden. Wir hätten davon eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt. Die Mark hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gehoben und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den schweren Winter einrichten können, und mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für die große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Selber ist dies alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhält. Der von sechsmonatigen Schaßwechseln

spricht. Ich kann die Entscheidung der belgischen Regierung nicht kritisieren, sondern nur bedauern, weil sie weder unseren Interessen noch den Interessen der allgemeinen europäischen Sache dient. Ich kann nicht glauben, daß sich die Reparationskommission einer Regelung widersetzt hätte, wie sie in den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern vorgeschlagen war und wie sie von diesen selbst als möglich betrachtet wurde. Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Laufzeiten einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage. Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft. Ich hoffe, daß die Wirkung der unentgeltlichen Zahlungen mit Belgien auf den Stand der Mark nicht allzu groß und nicht ruhmlos sein wird, und daß es gelingt, rasch zu einer Klärung der Situation zu kommen. Die belgischen Vertreter haben bemerkt, daß sie das größte Interesse daran haben, die Verschlechterung der Mark aufzuhalten. Dies wollen auch wir. Aber wenn dies erreicht werden soll, wenn vermieden werden soll, daß die Entwertung der deutschen Valuta irreparabel wird, so darf kein Tag mehr verloren werden. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie müßte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht geleistet werden können und daß sie auch garricht der Förderung des Hauptzweckes dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

## Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Dienstag erneut eine Aussprache der Gewerkschaftsführer und der Leitung des Reichswirtschafts- und des Reichsberufungsministeriums statt. Die Führer wiesen auf die bedauerlichen Härten hin, welche die Durchführung ihrer Forderungen auf Einschränkung des Verbrauchs und der Einfuhr nicht unbedingt lebenswichtiger Güter für die Arbeitnehmer mancher Gewerbe naturgemäß zur Folge hätte. Die Arbeitgeber hätten in Ueberarbeit eingewilligt. Wenn seitens der Arbeitgeber das Gleiche für andere Schlüsselindustrien gefordert werde, so müßten die Arbeiter verlangen, daß auch die Arbeitgeber ihr Interesse angesichts der Not des Volkes zurücktreten lassen, daß Handel und Industrie in der Preisgestaltung Maß hielten und nicht dem Dollarkurs auf den Inlandsmärkten wahllos nachließen. Der Reichswirtschaftsminister legte die von ihm inzmischen angeforderten volutarischen Entwicklung auf dem Gebiete des Außenhandels getroffenen Maßnahmen — Erhöhung der Ausfuhrabgabe, Beschränkung der Einfuhr von nicht lebenswichtigen Waren — dar, welche die volle Zustimmung der Gewerkschaftsführer fanden. Weitere währungsrechtliche Maßnahmen, wie Währung der Geld- und Kreditnot und eine stärkere Kontrolle des Devisenverkehrs, wurden mit den anderen zuständigen Stellen erörtert. Eine Bekämpfung der Preissteigerungen bzw. eine stärkere Erfassung der Einkommensteuer hat durchaus seine Billigung, während eine Ausgestaltung der Besteuerung des Luxusgewerbes die Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus zum Teil berechtigten Bedenken gegen sich haben würde und wohl auch nicht viel einbringen würde.

Der Reichsberufungsminister kam eingehend auf die Frage der Wiedereinführung der Abgabenwirtschaft zu sprechen und ging dann ausführlich auf die Aussichten unserer Ernährung ein. Die Reichsgetreidebehörde habe für die nächste Zeit genügend Vorräte in Händen. Entspreche die Ablieferung auf die Umlage den Erwartungen, dann sei unter Berücksichtigung der Auslandskäufe die Versorgung bis zum Frühjahr 1923 sichergestellt. Die Kartoffelernte verpöche in allen Teilen Deutschlands sehr gut zu werden. Angesichts dieser Aussichten empfehle es sich nicht, heute mit Zwangsmassnahmen oder auch nur mit Einführung von Nicht- oder Höchstpreisen vorzugehen. In der Zuckerberufung werde er für die kommende Erzeugung durch festeren Zusammenschluß der Fabriken und des Handels, sowie durch Beschränkung des Einkaufs der Zuckerindustrien, für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Mundvorräten demüht sein und er hoffe, es auch ohne Zuckerkarte dahin zu bringen, daß die Bevölkerung besser versorgt wird. Die Bestrebungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sehe er als seine vornehmste Aufgabe an. — Mit diesen Darlegungen schlossen die mehrtägigen Beratungen.

Der Reichskanzler auf Urlaub. Wie der Berliner Lokalanzeiger mitteilt, beabsichtigt der Reichskanzler, einige Tage auf Urlaub zu gehen. Sodas Witzfänger Bauer die Verhandlungen mit den Gewerkschaften weiterführen dürfte.

Vertreterschaft von Betriebsräten. Die am 5. ds. Mts. vertagte Generalversammlung der Berliner Betriebsräte nahm Montag abend mit 156 gegen 125 Stimmen eine freigeberische Entscheidung an, die die Einberufung einer Vertreterschaft von Betriebsräten aus dem ganzen Reich anregt, die eine diskutable Grundlage für den Reichsbetriebsrätekongress schaffen soll. Die von der kommunistischen Opposition eingebrachte Entscheidung war mit der Annahme des obigen Antrages

erledigt. Die Kommunisten kündigten an, daß sie selbstständig einen Reichsbetriebsrätekongress einberufen werden. Um Preistreiberien und Wucher einer schnellen gerichtlichen Aburteilung zuzuführen, hat das züringische Justizministerium besondere Maßnahmen getroffen. Die Polizei führt alle Verbrechen, die solcher Vergehen verdächtig sind, sofort einem Gericht vor. Jeder Fall wird sofort mündlich in möglichster Kürze erörtert. Dadurch soll auf schnellste Weise eine ausreichende Grundlage für einen Strafbefehl gegeben werden.

Arbeiterrevolte in München. In der Lokomotivfabrik Krauß in München versammelten sich Dienstag nachmittags auf dem Hofe die Belegschaft und forderte geschlossen von der Betriebsleitung die sofortige Ausschaltung eines größeren Selbstbetrages als Teuerungszuschuß. Da die Arbeiterchaft der Leitung gegenüber eine bedrohliche Haltung einnahm und den Direktor in das Büro einzuschließen versuchte, wurde Polizei gerufen. Einige Beamte in Zivil kamen in den Betrieb mit der Aufgabe, die Arbeiterchaft zu beruhigen. Dabei wurde ein Oberwachmeister von den Arbeitern angegriffen und am Kopf schwer verletzt; der Täter ist noch nicht ermittelt.

Ungeheure Teuerung in Saarbrücken. Nach einem Telegramm des „Tageblatts“ aus Saarbrücken herrscht dort eine ungeheure Teuerung. Es kostet Buder 130 Mark, Fleisch 260—300 Mark, Eier pro Stück 44 Mark, Milch pro Liter 67 Mark. Der Preis für ein vierpfündiges Marktbrot ist 110 Mark.

Die schwierige Lage des Handwerks. Der Reichskanzler empfing am Dienstag den Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks Hertmann, der die immer schwieriger sich gestaltende Lage des deutschen Handwerks darlegte. Der Reichskanzler erklärte sich bereit, zur Herbeiführung einer gründlichen Aussprache zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Handwerk so bald als möglich eine Konferenz unter seiner, des Reichskanzlers, Leitung einzuberufen, an der neben den Vertretern des Handwerks die beteiligten Reichsressorts mitwirken werden.

Teuerungsmassnahmen des Reichsrats. Der Reichsrat erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Erweiterung der Grenze für die Versicherungspflicht in Krankenkassen auf 204000 Mark einverstanden und genehmigte eine Verordnung über Erhöhung der Teuerungszuschüsse und der Einkommensgrenze im Gelebe über die Teuerungsmassnahmen für Militärentner.

## Die Ententepolitik gegenüber den Türken.

Neuer erzählt, daß nach einem gestern abend spät aus Smyrna abgegangenen Telegramm alle britischen Untertanen, die die Stadt zu verlassen wünschten, eingeschifft worden sind. Entgegen anderslautenden Berichten bleibe das britische Konsulat geöffnet und werde von einer britischen Marineabteilung besetzt. Nachdem der türkische Oberbefehlshaber Garantien für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz der Interessen aller Ausländer in der Stadt gegeben hat, sind die britischen Marinepatrouillen zurückgezogen worden. Es steht außer Frage, daß die Interessen der britischen Untertanen nur den britischen Behörden anvertraut werden.

Wie Neuer weiter berichtet, sind Mitteilungen zwischen den alliierten Regierungen ausgetauscht worden bezüglich der allgemeinen Linien der Politik, die befolgt werden soll und es kann angenommen werden, daß keinerlei Abweichungen von der allgemeinen Linie der Politik gegenüber den Türken, die am 1. März auf der Konferenz der Außenminister in Paris festgelegt wurde, stattfinden werde. Neuer erzählt weiter, es ist bereits durch eine gemeinsame Mitteilung klar gemacht worden, daß keinerlei Verletzung der neutralen Zone durch die Kemalisten gestattet wird. Eine Mitteilung über die allgemeine Politik ist nicht notwendig, da diese unverändert bleibt. Bezüglich der vorgeschlagenen Konferenz für den nahen Osten ist die britische Regierung, obwohl die Notwendigkeit für den Zusammentritt einer solchen Konferenz zu einem baldigen Zeitpunkt anerkannt wird, der Ansicht, daß der Augenblick für irgend eine Erörterung auf der für die Konferenz von Venedig vorgeschlagenen Grundlage nicht günstig ist. Die alliierten Regierungen werden eine Klärung der militärischen Lage abwarten, bevor sie irgend etwas Endgültiges in der Art einer allgemeinen politischen Konferenz vorschlagen. Die britische Regierung hat keinerlei offiziellen Bericht erhalten bezüglich der Meldung, daß die jugoslawische Regierung sich an Italien wegen Vertretung auf irgend einer solchen Konferenz gewendet habe. Aber ein derartiger Schritt sei bereits seit einiger Zeit als unvermeidlich anerkannt worden angesichts der Tatsache, daß die Frage einer Gemeinsamkeit zwischen den Türken und Bulgaren vitale Interessen Serbiens berühren würde. Man halte es nicht für unwahrscheinlich, daß andere Mächte, die auch direkt interessiert sind, ebenso handeln werden.

Die von Lloyd George angekündigte Note wurde gestern in Paris im Coudé d'Orsay durch den britischen Vizekanzler Lord Curzon überreicht. Die britische Regierung erklärt darin, daß sie auf die Mitgliedschaft der Alliierten bei der Verteidigung Konstantinopels und der Gallipoli Galtipoli reiche. Die britische Regierung schlägt vor, die Aufgabe der militärischen Besetzung für den Augenblick den alliierten Oberkommandierenden in Konstantinopel anzuvertrauen, ohne den noch zu treffenden Entscheidungen vorzugreifen, da die französische Regierung ebenso sehr de-